

stoffen met hormonale, anti-hormonale, beta-adrenergische of productiestimulerende werking, van de wet van 14 augustus 1986 betreffende de bescherming en het welzijn der dieren en van de dierengezondheids-wet van 24 maart 1987;

2° de ambtenaren die worden belast met onregelmatige prestaties die het gevolg zijn van uitzonderlijke omstandigheden en waarvan de uitvoering door de Secretaris-generaal of diens afgevaardigde werd bevolen.

Art. 8. Dit besluit is niet van toepassing op de personeelsleden die, uit hoofde van hun functies, aanspraak maken op compenserende voordelen voor onregelmatige prestaties.

Art. 9. Het ministerieel besluit van 7 maart 1968 houdende toekenning van een toelage voor onregelmatige prestaties aan het personeel van het Ministerie van Landbouw, dat werd gewijzigd bij de ministeriële besluiten van 23 november 1970, 21 april 1975, 17 september 1970 en 9 april 1980, wordt opgeheven.

Art. 10. Dit besluit heeft uitwerking op 1 januari 1997.

Brussel, 16 januari 1998.

De Minister van Landbouw
en de Kleine en Middelgrote Ondernemingen,
K. PINXTEN

De Minister van Begroting,
H. VAN ROMPUY

antihormonal, beta-adrenergique ou à effet stimulateur de production chez les animaux, de la loi du 14 août 1986 relative à la protection et au bien-être des animaux et de la loi du 24 mars 1987 relative à la santé des animaux;

2° les fonctionnaires chargés de prestations irrégulières résultant de circonstances exceptionnelles et dont l'exécution a été prescrite par le Secrétaire général ou son délégué.

Art. 8. Le présent arrêté n'est pas applicable aux agents qui, en raison de la nature des fonctions qu'ils exercent, bénéficient d'avantages compensatoires pour des prestations irrégulières.

Art. 9. L'arrêté ministériel du 7 mars 1968 réglant l'octroi d'une allocation pour prestations irrégulières du personnel du Ministère de l'Agriculture modifié par les arrêtés ministériels des 23 novembre 1970, 21 avril 1975, 17 septembre 1976 et 9 avril 1980, est abrogé.

Art. 10. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 1997.

Bruxelles, le 16 janvier 1998.

Le Ministre de l'Agriculture
et des Petites et Moyennes Entreprises,
K. PINXTEN

Le Ministre du Budget,
H. VAN ROMPUY

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 98 — 296

[C — 97/33109]

**20. OKTOBER 1997 — Dekret zur Schaffung eines Krankenhausbeirates
und eines Beirates für Aufnahmestrukturen für Senioren (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeines

Artikel 1 - Es wird bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Krankenhausbeirat und ein Beirat für Aufnahmestrukturen für Senioren geschaffen.

KAPITEL II — Der Krankenhausbeirat

Art. 2 - § 1. Der Krankenhausbeirat wird beauftragt mit:

1. den Aufgaben, die der Abteilung Programmierung und Anerkennung des Nationalen Krankenhausbeirates durch das am 7. August 1987 koordinierte Gesetz über die Krankenhäuser obliegen, insofern es sich um Angelegenheiten handelt, die im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegen;

2. einer Gutachterfunktion oder der Berichterstattung gemäß Artikel 3 Nr. 2 Absatz 2 des Dekretes vom 19. Februar 1990 zur Schaffung eines Baufonds für Krankenhäuser und sozio-medizinische Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2. Der Krankenhausbeirat gibt außerdem aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung Gutachten über die Übereinstimmung der Bauvorhaben von Krankenhäusern mit der entsprechenden Programmierung sowie Empfehlungen oder Gutachten über die künftige Gestaltung der Krankenhäuser ab.

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Beirates anfragen. Die Anfrage wird dem Beirat vom zuständigen Minister übermittelt. Letzterer legt dem Präsidenten des Rates das erstellte Gutachten vor.

Art. 3 - § 1. Der Krankenhausbeirat setzt sich zusammen aus:

1. zwei in Krankenhäusern tätigen Ärzten, die aus den Vorschlagslisten der Arzteräte ernannt werden;
2. zwei Mitgliedern des Verwaltungspersonals der Krankenhäuser, die aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte ernannt werden;

(1) *Sitzungsperiode 1997-1998:*

Dokumente des Rates. — 90 (1996-1997), Nr. 1. Dekretentwurf. — 90 (1997-1998), Nr. 2 und Nr. 3. Abänderungsvorschläge. — 90 (1997-1998), Nr. 4. Bericht.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 20. Oktober 1997.

3. zwei in Krankenhäusern tätigen Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern, die aus den Vorschlagslisten der Berufsverbände ernannt werden.

§ 2. Für jedes Mitglied des Beirates wird ein Ersatzmitglied vorgeschlagen.

§ 3. Die Mitglieder sowie die Ersatzmitglieder werden aus den Vorschlagslisten für eine Mandatsdauer von vier Jahren von der Regierung ernannt.

§ 4. Innerhalb des Beirates ernannt die Regierung zwei Präsidenten für eine Mandatsdauer von jeweils zwei Jahren. Die sich folgenden Präsidenten dürfen nicht dem gleichen Krankenhaus angehören.

Art. 4 - Der Krankenhausbeirat benennt unter seinen Mitgliedern die Personen, die in Anwendung von Artikel 20 des am 7. August 1987 koordinierten Gesetzes über die Krankenhäuser vom König nach Rücksprache mit der Regierung als Mitglied der Abteilung Programmierung und Anerkennung des Nationalen Krankenhausbeirates ernannt werden können.

KAPITEL III — *Der Beirat für Aufnahmestrukturen für Senioren*

Art. 5 - § 1. Der Beirat gibt aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung Gutachten oder Empfehlungen in bezug auf die Angelegenheiten ab, die durch das Dekret vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren und die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen geregelt werden.

§ 2. Der Beirat kann darüber hinaus aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung Gutachten oder Empfehlungen über die künftige Gestaltung von Aufnahmestrukturen für Senioren abgeben.

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Beirates anfragen. Die Anfrage wird dem Beirat vom zuständigen Minister übermittelt. Letzterer legt dem Präsidenten des Rates das erstellte Gutachten vor.

Art. 6 - § 1. Der Beirat setzt sich zusammen aus:

1. einem Arzt, dessen Funktion in der Koordination der medizinischen Betreuung in einem Altenheim und /oder Alten- und Pflegeheim besteht und der aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte ernannt wird;

2. zwei Mitgliedern des Verwaltungspersonals der Altenheime und/oder Alten- und Pflegeheime, die aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte ernannt werden.

3. zwei in einem Altenheim und/oder Alten- und Pflegeheim tätigen Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern, die aus den Vorschlagslisten der Berufsverbände ernannt werden.

§ 2. Für jedes Mitglied des Beirates wird ein Ersatzmitglied vorgeschlagen.

§ 3. Die Mitglieder sowie die Ersatzmitglieder werden aus den Vorschlagslisten für eine Mandatsdauer von vier Jahren von der Regierung ernannt.

§ 4. Innerhalb des Beirates ernannt die Regierung 2 Präsidenten für eine Mandatsdauer von jeweils 2 Jahren. Das Mandat des Präsidenten muß einem Mitglied des Beirates, der in einer privaten/öffentlichen Einrichtung tätig ist zuerkannt werden, wenn der ausscheidende Präsident in einer öffentlichen/privaten Einrichtung tätig war.

KAPITEL IV — *Gemeinsame Bestimmungen*

Art. 7 - § 1. Die Regierung kann Beauftragte zu den Beratungen der in Kapitel II und III erwähnten Beiräten, im folgenden als beide Beiräte bezeichnet, entsenden. Diese Beauftragten sind nicht stimmberechtigt.

§ 2. Der Präsident oder die Präsidentin der beiden Beiräte teilt der Regierung die Termine der Zusammenkünfte mit.

Art. 8 - Die beiden Beiräte können, insofern sie dies für ihre Meinungsbildung als wichtig erachten, Fachleute zu ihren Beratungen hinzuziehen. Diese Fachleute sind nicht stimmberechtigt.

Art. 9 - Jedes Gutachten der beiden Beiräte muß begründet sein. Die auf Antrag der Regierung erstellten Gutachten müssen der Regierung innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Antragstellung übermittelt werden. Diese Frist kann im Dringlichkeitsfall auf acht Tage begrenzt werden.

Art. 10 - Die Regierung beauftragt ein Personalmitglied des Ministeriums mit den Sekretariatsaufgaben.

Der Sekretär nimmt beratend und ohne Stimmrecht an den Versammlungen teil.

Art. 11 - Die Regierung legt die Höhe der Entschädigungen und Anwesenheitsgelder der Mitglieder der beiden Beiräte fest.

Art. 12 - § 1. Die beiden Beiräte geben sich innerhalb von zwei Monaten nach Ernennung ihrer Mitglieder eine Geschäftsordnung, die der Regierung zur Billigung vorgelegt wird.

§ 2. Bei Stimmgleichheit innerhalb der Beiräte ist die Stimme des Präsidenten ausschlaggebend.

KAPITEL V — *Übergangs-, Aufhebungs- und Endbestimmungen*

Art. 13 - Bis zur Einsetzung der beiden Beiräte sind die Bestimmungen des Dekretes vom 22. März 1993 zur Schaffung eines Beirates für Krankenhäuser, Altenheime und Alten- und Pflegeheime weiterhin auf den zur Zeit des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes bestehenden Beirat für Krankenhäuser, Altenheime und Alten- und Pflegeheime anwendbar.

Das Mandat der Mitglieder des Beirates für Krankenhäuser, Altenheime und Alten- und Pflegeheime, die von der Regierung aufgrund des in Absatz 1 erwähnten Dekretes vom 22. März 1993 ernannt worden sind, endet am Tag des Inkrafttretens des Regierungserlasses zur Ernennung der Mitglieder der in Artikel 1 des vorliegenden Dekretes erwähnten Beiräte.

Art. 14 - In allen Regeltexten, die am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes Anwendung finden, wird der Wortlaut "Beirat für Krankenhäuser, Altenheime und Alten- und Pflegeheime" gemäß den Artikeln 2 und 5 des vorliegenden Dekretes durch die Wörter "Krankenhausbeirat" oder "Beirat für Aufnahmestrukturen von Senioren" ersetzt.

Art. 15 - Unbeschadet der Anwendung von Artikel 13 des vorliegenden Dekretes ist das Dekret vom 22. März 1993 zur Schaffung eines Beirates für Krankenhäuser, Altenheime und Alten- und Pflegeheime aufgehoben.

Art. 16 - Vorliegendes Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.
Eupen, den 20. Oktober 1997.

J. MARAITE,
Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus
K.-H. LAMBERTZ,
Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales
W. SCHRÖDER,
Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 98 — 296

[C - 97/33109]

20 OCTOBRE 1997. — Décret portant création d'une commission consultative pour les hôpitaux et d'une commission consultative pour les structures d'accueil pour seniors (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I. — *Généralités*

Article 1^{er}. Il est créé auprès du Gouvernement de la Communauté germanophone une Commission consultative pour les hôpitaux et une Commission consultative pour les structures d'accueil pour seniors.

CHAPITRE II. — *La commission consultative pour les hôpitaux*

Art. 2. § 1^{er}. La Commission consultative pour les hôpitaux est chargée:

1° des missions incombant à la Section programmation et agrément du Conseil national des établissements hospitaliers en vertu de la loi sur les hôpitaux, coordonnée le 7 août 1987, dans la mesure où il s'agit de matières qui sont de la compétence de la Communauté germanophone;

2° de remettre des avis ou rapports conformément à l'article 3, 2°, 2^{ème} alinéa du décret du 19 février 1990 instituant un Fonds de constructions hospitalières et médico-sociales de la Communauté germanophone.

§ 2. De plus, la Commission consultative pour les hôpitaux émet d'initiative ou à la demande du Gouvernement des avis sur la conformité des projets de construction d'hôpitaux à la programmation y afférente ainsi que des recommandations ou avis quant à l'aménagement ultérieur des hôpitaux.

Le Conseil de la Communauté germanophone peut, par l'intermédiaire de son président, demander l'avis de la Commission consultative. La demande est transmise à la commission par le Ministre compétent. Ce dernier soumet l'avis rendu au président du Conseil.

Art. 3. § 1^{er}. La Commission consultative se compose de :

1° deux médecins travaillant dans des hôpitaux, nommés à partir des listes de présentation de candidats soumises par les conseils médicaux;

2° deux membres du personnel administratif des hôpitaux, nommés à partir des listes de présentation de candidats soumises par les conseils d'administration;

3° deux infirmiers et infirmières travaillant dans des hôpitaux, nommés à partir des listes de présentation de candidats soumises par les fédérations professionnelles.

§ 2. Il est proposé un suppléant pour chaque membre de la Commission consultative.

§ 3. Les membres effectifs et suppléants sont nommés pour une durée de quatre ans par le Gouvernement à partir des listes de présentation de candidats.

§ 4. Le Gouvernement nomme deux présidents au sein de la Commission consultative pour une durée respective de 2 ans. Deux présidents successifs ne peuvent appartenir au même hôpital.

Art. 4. La Commission consultative pour les hôpitaux désigne parmi ses membres les personnes qui, en vertu de l'article 20 de la loi sur les hôpitaux coordonnée le 7 août 1987, peuvent être nommées par le Roi, après concertation avec le Gouvernement, comme membres de la Section programmation et agrément du Conseil national des établissements hospitaliers.

CHAPITRE III. — *La commission consultative pour les structures d'accueil pour seniors*

Art. 5. § 1^{er}. La Commission consultative émet, d'initiative ou à la demande du Gouvernement, des avis ou recommandations quant aux matières réglées par le décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrément et à la subsidiation de structures d'accueil pour seniors et ses dispositions d'exécution.

§ 2. De plus, la Commission consultative peut, d'initiative ou à la demande du Gouvernement, transmettre des avis ou recommandations au Gouvernement quant à l'aménagement ultérieur des structures d'accueil pour seniors.

Le Conseil de la Communauté germanophone peut, par l'intermédiaire de son président, demander l'avis de la Commission consultative. La demande est transmise à la commission par le Ministre compétent. Ce dernier soumet l'avis rendu au président du Conseil.

(1) *Session 1997-1998 :*

Documents du Conseil. — 90 (1996-1997), n° 1. Projet de décret. — 90 (1997-1998), n°s 2 et 3. Propositions d'amendement. — 90 (1997-1998), n° 4. Rapport.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 20 octobre 1997.

Art. 6. § 1^{er}. La Commission consultative se compose de :

1° un médecin ayant pour fonction de coordonner le suivi médical dans une maison de repos pour personnes âgées et/ou une maison de repos et de soins, nommé à partir des listes de présentation de candidats soumises par les conseils d'administration;

2° deux membres du personnel administratif des maisons de repos pour personnes âgées et/ou maisons de repos et de soins, nommés à partir des listes de présentation de candidats soumises par les conseils d'administration;

3° deux infirmiers et infirmières travaillant dans une maison de repos pour personnes âgées et/ou une maison de repos et de soins, nommés à partir des listes de présentation de candidats soumises par les fédérations professionnelles.

§ 2. Il est proposé un suppléant pour chaque membre de la Commission consultative.

§ 3. Les membres effectifs et suppléants sont nommés pour une durée de quatre ans par le Gouvernement à partir des listes de présentation de candidats.

§ 4. Le Gouvernement nomme deux présidents au sein de la Commission consultative pour une durée respective de deux ans. Le mandat du président doit être attribué à un membre de la Commission consultative travaillant dans un établissement privé si le président sortant exerçait ses fonctions dans un établissement public et vice-versa.

CHAPITRE IV. — *Dispositions communes*

Art. 7. § 1^{er}. Le Gouvernement peut déléguer des mandataires aux délibérations des commissions consultatives visées aux chapitres II et III du présent décret, ci-après dénommées « les deux commissions consultatives ». Ces mandataires n'ont pas voix délibérative.

§ 2. Le président ou la présidente des deux commissions consultatives communique les dates de réunion au Gouvernement.

Art. 8. Dans la mesure où elles estiment la chose nécessaire pour se forger une opinion, les deux commissions consultatives peuvent, lors de leurs délibérations, faire appel à des spécialistes. Ceux-ci n'ont pas voix délibérative.

Art. 9. Tout avis des deux commissions consultatives doit être motivé. Les avis rendus à la demande du Gouvernement doivent lui être transmis dans un délai de deux mois après la demande. Ce délai peut, pour des raisons d'urgence, être ramené à huit jours.

Art. 10. Le Gouvernement confie le secrétariat à un membre du personnel du Ministère.

Le secrétaire participe aux réunions avec fonction consultative, mais sans droit de vote.

Art. 11. Le Gouvernement fixe le montant des indemnités et des jetons de présence des membres des deux commissions consultatives.

Art. 12. § 1^{er}. Dans les deux mois suivant la nomination de leurs membres, les deux commissions consultatives adoptent un règlement d'ordre intérieur qui sera soumis pour approbation au Gouvernement.

§ 2. En cas de parité des voix au sein des commissions consultatives, la voix du président est prépondérante.

CHAPITRE IV. — *Dispositions transitoires, abrogatoires et finales*

Art. 13. Les dispositions du décret du 22 mars 1993 portant création d'une Commission consultative pour les hôpitaux, maisons de repos pour personnes âgées et maisons de repos et de soins restent d'application pour la Commission consultative pour les hôpitaux, maisons de repos pour personnes âgées et maisons de repos et de soins existant au moment de l'entrée en vigueur du présent décret et ce jusqu'à l'installation des deux commissions consultatives.

Le mandat des membres de la Commission consultative pour les hôpitaux, maisons de repos pour personnes âgées et maisons de repos et de soins nommés par le Gouvernement en vertu du décret du 22 mars 1993 visé au premier alinéa prend fin au jour de l'entrée en vigueur de l'arrêté du Gouvernement portant nomination des membres des commissions consultatives visées à l'article 1^{er} du présent décret.

Art. 14. Dans tous les textes réglementaires applicables au jour de l'entrée en vigueur du présent décret, la dénomination « Commission consultative pour les hôpitaux, maisons de repos pour personnes âgées et maisons de repos et de soins » est remplacée, en application des articles 2 et 5 du présent décret, par les dénominations « Commission consultative pour les hôpitaux » ou « Commission consultative pour les structures d'accueil pour seniors ».

Art. 15. Sans préjudice de l'application de l'article 13 du présent décret, le décret du 22 mars 1993 portant création d'une Commission consultative pour les hôpitaux, maisons de repos pour personnes âgées et maisons de repos et de soins est abrogé.

Art. 16. Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen le 20 octobre 1997.

J. MARAITE,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé,
de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales

W. SCHRÖDER,

Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 98 — 296

[C - 97/33109]

20 OKTOBER 1997. — Decreet houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de opvangvoorzieningen voor bejaarden (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemeenheden*

Artikel 1. Er wordt bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en een Adviescommissie voor de opvangvoorzieningen voor bejaarden opgericht.

HOOFDSTUK II. — *De adviescommissie voor de ziekenhuizen*

Art. 2. § 1. De Adviescommissie voor de ziekenhuizen is belast :

1° met de opdrachten waarmee de Afdeling programmatie en erkenning van de Nationale Raad voor ziekenhuisvoorzieningen belast is door de op 7 augustus 1987 gecoördineerde wet op de ziekenhuizen, voor zover het om materies gaat die tot de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap behoren;

2° met het overbrengen van adviezen of verslagen bij toepassing van artikel 3, 2°, tweede lid van het decreet van 19 februari 1990 houdende oprichting van een Fonds voor de bouw van ziekenhuizen en medisch-sociale instellingen van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. Bovendien brengt de Adviescommissie voor de ziekenhuizen, hetzij op eigen initiatief, hetzij op verzoek van de Regering adviezen uit over de overeenstemming van de bouwprojecten inzake ziekenhuizen met de desbetreffende programmatie en formuleert aanbevelingen of adviezen over de toekomstige inrichting van de ziekenhuizen.

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap kan door bemiddeling van zijn voorzitter een advies van de Adviescommissie aanvragen. De aanvraag wordt aan de commissie door de bevoegde Minister overgemaakt. Die legt de voorzitter van de Raad het uitgebrachte advies voor.

Art. 3. § 1. De Adviescommissie voor de ziekenhuizen bestaat uit :

1° twee in ziekenhuizen werkende artsen benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de medische raden;

2° twee leden van het administratief personeel van de ziekenhuizen benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de beheerraden;

3° twee in ziekenhuizen werkende verplegers en verpleegsters benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de beroepsbonden.

§ 2. Voor elk lid van de Adviescommissie wordt een plaatsvervangend lid voorgesteld.

§ 3. De werkende en plaatsvervangende leden worden door de Regering voor vier jaar benoemd op basis van de voordrachten.

§ 4. De Regering benoemt twee voorzitters onder de leden van de Adviescommissie voor resp. twee jaar. Opeenvolgende voorzitters mogen niet tot hetzelfde ziekenhuis behoren.

Art. 4. De Adviescommissie voor de ziekenhuizen wijst onder haar leden de personen aan die, bij toepassing van artikel 20 van de op 7 augustus 1987 gecoördineerde wet op de ziekenhuizen, door de Koning na raadpleging van de Regering als leden van de Afdeling erkenning en programmatie van de Nationale Raad voor ziekenhuisvoorzieningen kunnen worden benoemd.

HOOFDSTUK III. — *De adviescommissie voor de opvangvoorzieningen voor bejaarden*

Art. 5. § 1. De Adviescommissie formuleert, op eigen initiatief of op verzoek van de Regering, adviezen of aanbevelingen betreffende de aangelegenheden geregeld bij het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden en de desbetreffende uitvoeringsbepalingen.

§ 2. Bovendien kan de Adviescommissie, op eigen initiatief of op verzoek van de Regering, adviezen of aanbevelingen voorleggen over de toekomstige inrichting van opvangvoorzieningen voor bejaarden.

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap kan door bemiddeling van zijn voorzitter een advies van de Adviescommissie aanvragen. De aanvraag wordt aan de commissie door de bevoegde Minister overgemaakt. Die legt de voorzitter van de Raad het uitgebrachte advies voor.

Art. 6. § 1. De Adviescommissie bestaat uit :

1° een arts belast met de coördinatie van de medische begeleiding in een bejaardentehuis en/of een rust- en verzorgingstehuis, benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de beheerraden;

2° twee leden van het administratief personeel van de bejaardentehuizen en/of rust- en verzorgingstehuizen, benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de beheerraden;

3° twee in een bejaardentehuis en/of rust- en verzorgingstehuis werkende verplegers en verpleegsters, benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de beroepsbonden.

§ 2. Voor elk lid van de Adviescommissie wordt een plaatsvervangend lid voorgesteld.

§ 3. De werkende en plaatsvervangende leden worden door de Regering voor vier jaar benoemd op basis van de voordrachten.

(1) *Zitting 1997-1998 :*

Bescheiden van de Raad. — 90 (1996-1997), nr. 1. Ontwerp van decreet. — 90 (1997-1998), nrs. 2 en 3. Amendementsvoorstellen. — 90 (1997-1998), nr. 4. Verslag.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 20 oktober 1997.

§ 4. De Regering benoemt twee voorzitters onder de leden van de Adviescommissie voor resp. twee jaar. Het mandaat van de voorzitter moet aan een lid van de Adviescommissie worden toegekend dat in een privé resp. openbare inrichting werkt, indien de uittreedende voorzitter in een openbare resp. privé-inrichting werkte.

HOOFDSTUK IV. — *Gemeenschappelijke bepalingen*

Art. 7. § 1. De Regering kan gemachtigden naar de beraadslagingen van de in de hoofdstukken II en III van dit decreet vermelde adviescommissies afvaardigen, hierna « beide adviescommissies » genoemd. Ze zijn niet stemgerechtigd.

§ 2. De voorzitter of de voorzitter van beide adviescommissies deelt aan de Regering de vergaderdata mee.

Art. 8. Beide adviescommissies kunnen, indien zij het voor belangrijk achten voor hun meningsvorming, tijdens hun beraadslagingen een beroep doen op specialisten. Deze specialisten zijn niet stemgerechtigd.

Art. 9. Elk advies van beide adviescommissies moet met redenen omkleed zijn. De op verzoek van de Regering uitgebrachte adviezen moeten binnen een termijn van twee maanden na het verzoek medegedeeld worden. Deze termijn kan wegens dringende noodzakelijkheid op acht dagen worden beperkt.

Art. 10. De Regering belast een personeelslid van het Ministerie met het secretariaat.

De secretaris neemt met een adviesfunctie aan de vergaderingen deel en is niet stemgerechtigd.

Art. 11. De Regering stelt het bedrag vast van de vergoedingen en presentiegelden van de leden van beide adviescommissies.

Art. 12. § 1. Binnen twee maanden na de benoeming van hun leden stellen beide adviescommissies een huishoudelijk reglement op dat ter goedkeuring aan de Regering wordt voorgelegd.

§ 2. Bij staking van stemmen binnen de adviescommissies is de stem van de voorzitter beslissend.

HOOFDSTUK IV. — *Overgangs-, opheffings- en slotbepalingen*

Art. 13. Tot de installatie van beide commissies blijven de bepalingen van het decreet van 22 maart 1993 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen van toepassing op de Adviescommissie voor de ziekenhuizen, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen bestaande op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit decreet.

Het mandaat van de leden van de Adviescommissie voor de ziekenhuizen, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen die door de Regering werden benoemd overeenkomstig het decreet van 22 maart 1993 vermeld in het eerste lid, eindigt op de dag van de inwerkingtreding van het besluit van de Regering houdende benoeming van de leden van de adviescommissies bedoeld in artikel 1 van dit decreet.

Art. 14. In alle reglementaire teksten die op de dag van de inwerkingtreding van dit decreet van toepassing zijn, wordt de benaming « Adviescommissie voor de ziekenhuizen, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen » in toepassing van de artikelen 2 en 5 van dit decreet door de benamingen « Adviescommissie voor de ziekenhuizen » of « Adviescommissie voor de opvangvoorzieningen voor bejaarden » vervangen.

Art. 15. Onverminderd de toepassing van artikel 13 van dit decreet is het decreet van 22 maart 1993 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen opgeheven.

Art. 16. Dit decreet treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 20 oktober 1997.

J. MARAITE,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme

K.-H. LAMBERTZ,

Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden

W. SCHRÖDER,

Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen



18. JULI 1997 — Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Ministerialerlasses vom 27. Oktober 1978 zur Festlegung der Genehmigungsbedingungen der Lehrverträge und Lehrabkommen in der Ständigen Weiterbildung des Mittelstandes

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993 und 16. Dezember 1996;

Aufgrund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch das Dekret vom 20. Mai 1997;

Aufgrund des Ministerialerlasses vom 27. Oktober 1978 zur Festlegung der Genehmigungsbedingungen der Lehrverträge und Lehrabkommen in der Ständigen Weiterbildung des Mittelstandes, abgeändert durch die Erlasse vom 20. November 1987, 7. Juni 1989, 26. März 1993, 10. November 1993, 25. Juni 1994, 10. November 1994 und 29. Dezember 1995;